

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christoph Hartmann (Homburg), Gudrun Kopp,
Otto Fricke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/475 –**

Bergschäden regulieren – kohlepolitische Weichenstellung vornehmen

A. Problem

Die Bergbauregionen und ihre Bürger, aber auch die Deutsche Steinkohle AG, brauchen Perspektiven und klare Rahmenbedingungen für die Zukunft. Bei den Gesprächen über die Anschlussregelung zur Steinkohlefinanzierung sind insbesondere auch die verantwortliche Regulierung aufgetretener Bergschäden sowie ausreichende Präventivmaßnahmen zu berücksichtigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/475 – abzulehnen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

I. Überweisung und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/475 wurde in der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der **Haushaltsausschuss** in seiner 33. Sitzung am 6. November 2003 und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 24. Sitzung am 5. November 2003 haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags auf Drucksache 15/475

In der Kohlepolitik ist ein fairer Ausgleich zwischen den unternehmerischen Interessen der Deutschen Steinkohle AG und den Belangen der Bürger, die durch den Kohleabbau direkt betroffen sind, vonnöten. Die Bergbauregionen und ihre Bürger, aber auch die Deutsche Steinkohle AG, brauchen Perspektiven und klare Rahmenbedingungen für die

Zukunft. Daher sind sämtliche Aspekte des Steinkohlebergbaus, insbesondere auch die verantwortliche Regulierung aufgetretener Bergschäden sowie ausreichende Präventivmaßnahmen, auch vor dem Hintergrund der Betriebspläne wie z. B. dem Abbaustopp unter bewohnten Gebieten am Rhein, zu berücksichtigen. Dem Deutschen Bundestag soll über die Ergebnisse der Gespräche zur Anschlussregelung der Steinkohlefinanzierung berichtet und die Gesprächsergebnisse sollen unter Parlamentsvorbehalt gestellt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 15/475 verwiesen.

III. Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss und Petitionen

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 10. Dezember 2003 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Dem Ausschuss lag eine Petition vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 GO-BT angefordert hatte. Der Petent fordert, die Subventionierung der Steinkohleförderung spätestens im Jahre 2010 zu beenden und bis dahin Subventionen nur für einen Abbau mit begleitendem und technisch optimiertem Versatz unter Verzicht eines Abbaus unter Wohngebieten und gefahrenträchtigen Anlagen zu gewähren.

Der Petition wird durch den Beschluss des Ausschusses nicht entsprochen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichterstatter

